

Mit Yahoo Nutzung stimmen Sie zu, dass Yahoo und Partner Cookies für Personalisierungs- und andere Zwecke nutzen



Menschenrechtsgericht rügt deutsches Verbot für Flugblätter gegen Abtreibung

Straßburger Richter sehen Verstoß gegen Meinungsfreiheit



AFP – vor 38 Minuten

Deutschland hat mit dem Verbot der Verteilung von Flugblättern eines Abtreibungsgegners gegen das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung verstoßen. Zu diesem Schluss gelangt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem am Donnerstag gefällten Urteil. Die Straßburger Richter gaben damit einem 64 Jahre alten Mann aus dem baden-württembergischen Weinheim Recht.

Er hatte im Juli 2005 im Zuge einer Anti-Abtreibungs-Kampagne vor einer Tagesklinik Flugblätter mit einem Hinweis auf die Morde in Auschwitz verteilt. In der Überschrift war die Rede von "rechtswidrigen Abtreibungen". Anschließend wurde jedoch erläutert, dass Abtreibungen in Deutschland unter bestimmten Umständen - etwa nach einer obligatorischen Beratung der Schwangeren - erlaubt sind. "Der Beratungsschein schützt Arzt und Mutter vor Strafverfolgung, aber nicht vor der Verantwortung vor Gott", stand auf den Flugblättern.

Zwei auf den Flugblättern namentlich genannte Ärzte der Tagesklinik gingen vor Gericht und erreichten, dass die weitere Verteilung der Blätter verboten wurde. Außerdem wurde der Abtreibungsgegner angewiesen, auf seiner Website www.babycast.de die Namen von Abtreibungsärzten zu löschen. Dagegen zog der Abtreibungsgegner vergeblich durch mehrere Instanzen. Das Bundesverfassungsgericht nahm seine Klage im Juli 2009 nicht an.

Die deutsche Justiz begründete das Verbot unter anderem mit dem Hinweis auf das Vernichtungslager Auschwitz, der auf der Rückseite der Flugblätter zu lesen war: "Die Ermordung der Menschen in Auschwitz war rechtswidrig, aber der moralisch verkommene NS-Staat hatte den Mord an den unschuldigen Menschen erlaubt und nicht unter Strafe gestellt." Die Flugblätter erweckten den Eindruck, dass die betroffenen Ärzte rechtswidrig Abtreibungen vornehmen, urteilten die Gerichte in Deutschland. Dieser Vorwurf werde durch den Hinweis auf den Holocaust noch verschärft.

Die Straßburger Richter urteilten hingegen, der Kläger habe die Ärzte und ihre Tätigkeit keinesfalls mit dem Holocaust gleichgestellt. Mit dem Hinweis auf Auschwitz habe er vielmehr unterstreichen wollen, dass "das Recht von der Moral abweichen kann". Auch aus dem Namen seiner Website - www.babycast.de - könne nicht geschlossen werden, dass der Mann Abtreibungen mit dem Holocaust verglichen hat. Der Hinweis auf Auschwitz müsse auch "im Zusammenhang mit der deutschen Geschichte" gesehen werden, heißt es in dem Urteil weiter.

Im übrigen habe die Abtreibungskampagne zu einer "kontroversen Debatte von öffentlichem Interesse" beigetragen. Unter diesen Umständen sei die Einschränkung seiner Meinungsfreiheit unverhältnismäßig gewesen. Die deutschen Gerichte hätten nicht ausreichend zwischen diesem Grundrecht und dem Recht der Ärzte auf Schutz ihrer Privatsphäre abgewogen. Das Urteil wurde von einer kleinen Kammer des Straßburger Gerichts mit fünf gegen zwei Richterstimmen gefällt. Deutschland kann dagegen binnen drei Monaten Rechtsmittel einlegen. Der Gerichtshof kann den Fall dann an die 17 Richter der Großen Kammer überweisen, er muss dies aber nicht tun.

